



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

G.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fehlt es nicht an Strömungen und Gegenströmungen. Je fester aber die Verwaltungsordnung gestaltet, je sorgfältiger sie durchgeführt, je folgerechter und naturgemäßer wird die Verwaltung sich fortbilden. Eine Frage wie die Regelung des Landarmenwesens in Sachsen muß der Entwicklung der Verwaltung zu wahren Gewinne gereichen, wenn sie mit treuem Eifer aufgefaßt und ihrer Lösung zugeführt wird. Die Uebertragung des Landarmenwesens auf die Bezirke schädigt scheinbar die Kreise, in Wirklichkeit dient sie zur richtigen Ausgestaltung der sächsischen Regierungsbezirke.

Nus Schwaben.

Wer in den letzten Tagen die württembergische Presse, die Verhandlungen der Ständekammer und die Bewegung im Volke betrachtete, der konnte glauben, er sei in die Zeiten der Zollparlamentswahlkämpfe zurückversetzt. Particularisten, Ultramontane und Demokraten reichen sich wieder offen vor aller Welt die Hand. Derselbe Herr von Barmbüler, dessen Reden gegen Preußen und den norddeutschen Bund aus den Jahren 1866 — 1869 noch in Aller Erinnerung sind, hat sich wieder an die Spitze der Agitation gestellt und eine Brochüre gegen das Reichseisenbahnproject geschrieben, welche trotz aller Versicherung seiner Hingebung an das Reich (früher sprach Herr von Barmbüler wenigstens offen aus: „daß er die Lösung der deutschen Frage, wie sie erfolgt sei, nicht für ein Glück Deutschlands und Europas halte“!) an Einseitigkeit, willkürlicher Zahlengruppirung und unverantwortlichen Insinuationen alles übertrifft, was bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Wie Herr von Barmbüler am 11. Dezember 1867 im Landtag, am 15. März 1868 in der Volksversammlung zu Wezingen, auf dem Wirthstisch stehend den Schwaben mit schrecklichen Ziffern bange machte wegen der vielen Millionen, welche sie der Beitritt zum Nordbund jährlich kosten würde, so stellt er auch jetzt wieder die bodenlosesten Behauptungen auf über die angeblichen Kosten des Erwerbs der Bahnen und über das doppelte Deficit — der Reichs- und der württembergischen Bahnen, welches die Schwaben künftighin zu tragen haben würden — doppelt kühn im Munde des Erbauers der unglückseligen Stuttgart-Calwer Bahn und der vom Volkswitz sogenannten „Hemminger Milchstraße“. Während gerade die württembergische Regierung in Verbindung mit andern dem Reich die unmittelbare Aufsicht über die deutschen Eisenbahnen nach der bestehenden Verfassung be-

stritten hatte und demgemäß dem Reich nach § 45 derselben nur die Controle, aber nicht die dispositive Gesetzgebung über das Tarifwesen zuerkannt worden war, hat Herr v. Arnbüler die Kühnheit, dem Reich den Vorwurf zu machen, daß es nicht bisher schon statt des neuesten Projectes durch einfache Reichsgesetzgebung einen gemeinsamen Tarif gemacht habe, ohne natürlich seinen Lesern auch nur anzudeuten, daß auf diesem Weg bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Anlagekosten, unser finanzielles Wohl in ganz anderer Weise wider unseren Willen geschädigt werden könnte, als durch den Ankauf der Bahnen gegen angemessenen Preis. Von einem Mann ferner, welchem als Reichstagsmitglied die besten Informationen zu Gebot stehen, insbesondere was die Schwierigkeit und Kostspieligkeit des Betriebs der Bahnen im Reichsland und den unverhältnismäßigen Kaufpreis derselben betrifft, sollte man kaum glauben, daß er die, neuerdings übrigens erheblich gesteigerte Rente dieser Bahnen als Beweis dafür anführen werde, wie voraussichtlich das Reich mit den Bahnen wirthschaften würde! Er könnte ferner wissen, nöthigenfalls aus dem Bericht des badischen Abgeordneten Pflüger entnehmen, daß der Rückgang der badischen Eisenbahnrente mit der Annahme des sog. natürlichen Tariffsystems durchaus nicht in causalem Zusammenhang steht. Er durfte namentlich nicht verschweigen, daß dieses System sich nach dem Zeugniß der Elsäßer Industriellen insbesondere des Enquêtocommissionsmitglieds G. Bergmann im Elsaß durchaus erprobt hat. Herr von Arnbüler konnte und mußte ferner wissen, daß trotz der sehr willkürlichen Berechnung des Reinertrags unserer württembergischen Bahnen — namentlich auch gegenüber dem Etat der Forst- und Hüttenverwaltung — trotz der kargen Bezahlung eines äußerst angestregten Personals und der Unmöglichkeit, in Folge hiervon, auf den einspurigen Bahnen ohne sehr beträchtliche Erhöhung der Betriebskosten die anderwärts bestehenden Nachtschnellzüge herzustellen, kurz daß trotz all' unserer die Verkehrsinteressen beeinträchtigenden Sparsamkeit unsere Bahnen 1874 nur eine Rente von 3,05, die preussischen dagegen fast den doppelten Ertrag abwarfen: und dennoch das Schreckbild eines großen Deficits, der Vorwurf unpraktisch theurer Verwaltung durch das Reich! Es ist übrigens sehr interessant, dieß alles schon in nuce in jener Rede Arnbüler's vom 11. Dezember 1867 vorzufinden, woselbst er auch die Eisenbahnfrage behandelte und dabei laut Protocoll so hübsch andeutete, „die Kammer werde wohl mehr Vertrauen in seine (Arnbüler's) Eisenbahnverwaltung haben, als in diejenige des norddeutschen Bundeskanzlers!“ Natürlich fragt man jetzt allgemein nach der Ursache dieses neuesten Rückfalls des Hemminger Staatsmanns und unterrichtete Kreise wollen dieselbe in gewissen Zurückweisungen finden, welche er in letzter Zeit in Berlin erfahren haben soll, ja es scheint fast, als habe Herr v. Arnbüler

neuerdings unter dem Einfluß eines ihm sehr nahe stehenden preussischen Agrariers nach dieser Richtung hin Anknüpfungspunkte gesucht. Auffallend ist namentlich, wie man in diesem Augenblick von Stuttgart aus geüffentlich verbreitet, der Reichskanzler würde sich persönlich für das Reichseisenbahnproject gar nicht interessiren, wenn er nicht unter dem Einflusse gewisser Mitglieder der nationalliberalen Partei stünde, welche bei der Realisirung desselben ihre persönlichen Vorthelle verfolgen. Dieselben angegriffenen Personen, dieselben Insinuationen wie in der deutschen Eisenbahnzeitung und verwandten Blättern lehren hier wieder. Barnhüser freilich spricht sich in seiner Brochüre nur ganz verblümt aus, um so unverblümter dagegen reden im mündlichen Verkehr seine Freunde und Gesinnungsgeoffen. —

Die letzten Tage haben eine tiefe Kluft in unserer „deutschen Partei“ zu Tage gefördert. Für den aufmerksamen Leser der Grenzboten konnte die Spaltung, welche jetzt glücklichweise eingetreten ist, nicht unerwartet kommen. Die Grenzboten haben s. B. geschildert, wie seit den Versailler Verträgen, und von dem Moment an, wo man sich in Stuttgart in Transactionen mit dem damaligen Ministerium einließ, die Zersekung der Partei ihren Anfang nahm. Waren es in den Zeiten des Kampfes und der Verfolgung Charakterfeste und unabhängige Männer gewesen, welche das nationale Banner vertheidigten, so drängte sich seit dem Friedensschluß eine Menge abhängiger, jedenfalls nicht widerstandsfähiger Leute, namentlich aus den Beamtenkreisen Streber aller Art in den Kreis der Partei, welche nach wie vor alle nationalen Elemente vom Fortschritt bis zu den Freiconservativen zu vereintigen suchte. Von der eigentlichen Regierungspartei — dem sogen. eisernen Inventar aller auf einander folgenden Ministerien — unter der Führung des Staatsraths Sarwey unterschieden sich diese neuen Elemente nur dadurch, daß es schien, als wollten sie ihre Dienste der Regierung noch werthvoller machen, als es die dem Ministerium schon unbedingt sicheren Regierungsmänner zu thun im Stande waren. Kein Wunder, daß die politische Thätigkeit der nationalen Partei seit mehreren Jahren gänzlich lahm gelegt war. Man vermochte nicht einmal ein Parteiorgan aufrecht zu erhalten, um den von der demokratischen und ultramontanen Presse täglich unter dem Volk verbreiteten Unwahrheiten und Entstellungen entgegentreten zu können. Im Geiste gewisser Parteimitglieder sollte ja nichts geschrieben werden, was bei der Regierung Anstoß erregen konnte. Seit zwei Jahren waren die energischeren Mitglieder der Partei, welche der Mehrzahl nach ihren Sitz außerhalb Stuttgarts haben, in wiederholten Versammlungen bemüht, eine Reform herbeizuführen, aber ohne Erfolg. Die große Masse, namentlich des Bürgerthums war — im Genuß der Errungenschaften der Jahre 1870/71 mehr und mehr apathisch geworden und das Schlagwort „Unitarier“ genügte den Männern

der Regierungspartei, wie jenen Halben und Unentschlossenen der nationalen Partei, alle selbständig auftretenden Mitglieder der letzteren auf leichte Weise anzufinden; man stand damit bereits auf demselben Boden mit den Demokraten und Ultramontanen.

Selbst im Reichstag wurde die Kluft zwischen denjenigen Mitgliedern, welche in directem Rapport mit der Regierung standen, und denjenigen, welche sich ihre Unabhängigkeit als Volksvertreter zu wahren mußten, immer größer. Letztere wurden offen und geheim in jeder Weise angefeindet, zum Theil unter dem stillen Zusammenwirken eintiger Spitzen des Beamtenthums mit der Demokratie des Beobachters und der Frankfurter Zeitung verfolgt.

So standen die Dinge, als, wie ein reinigendes Gewitter, die Reichseisenbahnfrage in den Vordergrund des politischen Interesses trat. Ihr Berichterstatter war bekanntlich unter den Ersten, welche für dasselbe eintraten, indem er schon um Weihnachten*) die politische Situation Württembergs gegenüber dem Reichseisenbahnproject, allerdings in durchaus realistischer Weise, wie es eine solche Frage mit sich bringt, darzustellen suchte. Selbst die Gegner haben die thatsächliche Richtigkeit seiner Voraussetzungen nicht zu bestreiten vermocht. Um so größer war die Erbitterung, mit welcher die particularistische Presse, insbesondere die Frankfurter Zeitung und der Stuttgarter Beobachter über uns herfielen. Es trat dabei zu Tage, daß einer der ersten Beamten der obersten Eisenbahnverwaltung, sowie ein bekannter Ex-redacteur des Beobachters zusammenarbeiteten, ersterer das Material, letzterer den Geist und die Form liefernd. Unsere Hofdemokratie schrie über Landesverrath und forderte die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten auf, weil wir uns erlaubt hatten, auf die Chancen hinzuweisen, welche der Art. 41. der Reichsverfassung dem Reich gerade Württemberg gegenüber in Aussicht stellte! Dieselbe Demokratie, welche noch am 6. Januar unter dem Einfluß Sonnemann's sich für die Reichseisenbahnen mit der Beschränkung auf Norddeutschland und unter der Voraussetzung eines verantwortlichen Verkehrsministers in öffentlicher Resolution ausgesprochen, nachträglich aber für gut befunden hatte, der Parole des Hofes zu folgen, welche die Aussicht eröffnete, der Demokratie jenen Einfluß auf die Staatsregierung wieder zu sichern, welchen sie seit 1870 unwiederbringlich verloren zu haben schien. Aber auch einen Theil der „deutschen“ Partei schien angesichts der Ungunst des Hofes plötzlich alles politische Verstandniß abhanden gekommen zu sein. Man drohte von dieser Seite geradezu den Reichstagsabgeordneten, welche für die Vorlage der Reichsregierung stimmen würden, ihnen in ihren Wahlkreisen den Boden für die nächste Wahl zu untergraben; — man glaubte ja im

*) Vergl. Heft 2. d. Bl. von 1876.

Bunde mit der Regierung bereits über die künftigen Wahlen im Lande verfügen zu können! — ja man suchte sogar bei andern süddeutschen Abgeordneten für diesen Terrorismus Propaganda zu machen, glücklicherweise vergebens, da an der Charakterfestigkeit und — sagen wir es offen — dem geläuterten politischen Verständniß unserer badischen Nachbarn diese Versuche wirkungslos abprallten. Um so leichter war es für die Regierungspartei und die Abtrünnigen der unseren die politisch ungebildeten Kreise in der einseitigsten Weise gegen das Reich zu bearbeiten. Das schwere Geschütz lieferten der volksparteiliche „Beobachter“ und die clerikale Presse: daneben mußten dann sämtliche von der Regierung mehr oder weniger abhängigen Localblätter — für den größten Theil des Volkes die einzige politische Lectüre — seit Monaten das Publikum consequent durch die offenbarste Entstellung der Sache — als wolle das gierige Reich den Schwaben ihre Bahnen nehmen und ihnen nach wie vor die ganze Eisenbahnschuld im bisherigen Umfang zur Last legen! — zu täuschen. Natürlich wurde dabei das Ansehen der Reichsregierung, der man solche Absichten imputirte, bei aller zur Schau getragenen Demuth in den Augen der Massen mehr und mehr herabgezogen. Die ruhigen, rein sachlich gehaltenen Artikel des „Schwäbischen Mercur“, welche nicht sofort in die Masse des Volkes dringen, sondern erst einer Verarbeitung durch eine populäre Agitation bedürfen, konnten wenigstens für den Augenblick hiergegen keinen wirksamen Damm bilden.

So war Alles aufs Beste vorbereitet, als die Eisenbahnvorlage in den preussischen Landtag gelangte. Der Regierung lag alles daran, möglichst rasch, noch vor der Berathung im preussischen Abgeordnetenhaus und vor der Abreise des Herrn von Wittnacht nach Berlin (2. April) ein recht stattliches Votum der Abgeordnetenkammer zu erzielen. Jeder Tag drohte mit der zunehmenden Einsicht des Publikums in die wahre Lage unseres Eisenbahnwesens, in die großen Gefahren, welche unsern Steuerzahlern aus einer Sonderpolitik drohen, die durch eine augenblickliche Agitation erzielte Mehrheit zu zerbröckeln. Wenn dann dazu noch eine in alle Kreise der Bevölkerung eindringende aufklärende Rede des Fürsten Reichskanzlers kam — welche Gefahr der Belehrung der Unkundigen auf der einen, der Entmuthigung der Mattherzigen auf der andern Seite? Vor allem mochte die württembergische Staatsregierung erwägen, daß in dieser Sache nach Bismarck zu reden politisch ungleich schwieriger sei als vorher. Daß man durch das Votum der württembergischen Abgeordnetenkammer auf den preussischen Landtag einzuwirken hoffte, glauben wir nicht, da man aus Erfahrung weiß, daß 25 Millionen Deutscher sich nicht durch ein Häuflein von 1 $\frac{3}{4}$ Millionen, selbst wenn diese einig sein sollten, Gesetze vorschreiben lassen: überdieß kannte unsere Staatsregierung am besten die geistigen Kräfte, über welche in dieser Frage

die Mehrheit verfügte: wußte doch der Hauptredner zu Gunsten des Schmid-Sarwey'schen Antrags nichts als den Inhalt der Barmbüler'schen Brochüre in die Welt hinauszurufen! — Um so unverantwortlicher war die Verblendung bei den übergetretenen Mitgliedern der deutschen Partei. Sie hätten um jeden Preis — schon mit Rücksicht auf ihr künftiges politisches Verhalten — die Verhandlung dieser Frage bis zu dem Votum des preußischen Landtags vertagen — oder wenn dieß nicht gelang, sich zur Zeit der Abstimmung für einen der gestellten Anträge enthalten müssen (wie dieß von Seiten der Herrn von Dv und von Beck geschah), um sich nicht in einer gänzlich unklaren Situation zum voraus jede Rückzugslinie abzuschneiden.

Und in der That, der Erfolg hat gelehrt, welche Demüthigung ihnen zugebracht war. Es ist ein bekanntes Streben aller Regierungen, bekehrte Gegner sofort auf eine möglichst exponirte Position zu stellen, damit sie in ihrer neuen Stellung sich möglichst festrennen und in der Hitze des Kampfes sich eine spätere Rückkehr zu ihren bisherigen Parteigenossen unmöglich machen. So auch hier. Während von der Regierungspartei sich kein einziger Redner zum Wort meldete, war die ganze Bekämpfung der Reichsregierung ausschließlich jenen bisherigen Mitgliedern der deutschen Partei im Bunde mit den Clerikalen und Demokraten überlassen, welche sich bei dieser Gelegenheit gegenseitig mit Artigkeiten überschütteten und sichtbar Anknüpfungspunkte für die Zukunft suchten. Namentlich der Reichstagsabgeordnete Schmid (solange er Anwalt war, Mitglied der nationalliberalen Fraction, nachdem er aber s. Hirth's Almanach: „in Folge seiner Thätigkeit in der II. Kammer“ zum Oberfinanzrath ernannt worden, zu der particularistischen Section der deutschen Reichspartei übergetreten!) entledigte sich über alles Erwarten trefflich der ihm zugeordneten Aufgabe. Mit einer Heftigkeit, welche, wie der Beobachter bemerkte, „nichts zu wünschen übrig ließ“, und gegen welche die Redner der Volkspartei und der Clerikalen höchst maßvoll erschienen, fiel er über die Reichspolitik her und erinnerte dabei unwillkürlich an einen früheren Vorgang, wo er in gleicher Weise gegen die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten donnerte. Um so mehr stach Hergegen Eiben's sachliche und gemäßigte Rede zu Gunsten des Reichseisenbahnproject's ab. Ist doch Eiben die erste Autorität in Eisenbahnsachen im württ. Landtag und ebenso hochgeschätzt im Reichstag: Niemand traut ihm Ueberstürzung oder einseitigen Parteifanatismus zu. Daß es nicht gelang, diesen Mann zu gewinnen, war allein schon eine Niederlage für die Regierung, da das gewöhnliche Stimm — personal kleinstaatlicher Kammern nimmermehr durch seine Zahl in Berlin Eindruck zu machen im Stande ist. Dazu kommt, daß auch der hervorragendste Eisenbahnsachmann der Regierung, der Generaldirector der Verkehrsanstalten das Vorgehen der Reichsregierung mit ganz andern Augen betrachtet, als unsere Fanatiker

des Particularismus, weshalb derselbe auch, wie man sich erzählt, obgleich selbst Mitglied der Abgeordnetenkammer, bei der Feststellung des Schmid-Sarwey'schen Antrags, welche unter Mitwirkung der württembergischen Staatsregierung erfolgte, in auffallender Weise bei Seite gesetzt wurde.

Unter diesen Umständen ist das Ergebnis der Abstimmung, der Stimmenzahl ungeachtet, nicht geeignet, irgend wozu imponiren. Es kommt dazu, daß während unter den 6 Stimmen für den Elben'schen Antrag sich kein einziger Beamter — wohl aber die Vertreter der drei bedeutendsten Industrie- und Handelsplätze des Landes (Stuttgart, Ulm, Reutlingen) befinden, die Mehrheit dagegen — von den klerikalen und volksparteilichen Stimmen abgesehen — mit ganz geringen Ausnahmen aus Staats- und Gemeindebeamten besteht. Hätte die Regierung für gut befunden, der Abstimmung des preussischen Landtags durch ein Botum im Sinne der Reichsregierung zuvorzukommen, wir zweifeln nicht, daß dann eine erdrückende Mehrheit zu Gunsten der Bismarck'schen Vorlage sich ergeben hätte.

Welchen Eindruck kann also jenes Botum der 78 in Berlin machen, was anders kann es beweisen, als daß die württ. Regierung zur Zeit dem Projekt nicht zustimmt, und daß sie eine unbestreitbare Autorität bei ihren Beamten besitzt? Das Schlimmste aber ist: man weiß schon jetzt bestimmt, daß an derjenigen Stelle wo die Entscheidung liegt, nämlich im Reichstag, das Stimmverhältnis ein ganz anderes sein wird, daß von den 17 württ. Reichstagsabgeordneten die Hälfte auf dem Boden des Elben'schen Antrags steht; da von den Nationalliberalen nur Hölder und Lenz neben den 3 Particularisten der Reichspartei (v. Varnbüler, Sarwey und Schmid) und den 4 klerikal-demokratischen Stimmen dem Reichseisenbahnprojekt entgetreten werden. Uebrigens beginnt sich bereits — aufgerüttelt durch die Debatten im Landtag — der württembergische Handelsstand zu Gunsten des Reichs zu regen. Den Anfang hat eine große, der Hauptsache nach aus industriellen Kreisen bestehende Versammlung in Ulm, der zweiten Stadt des Landes gemacht, indem sie nach vorgängiger Motivierung durch den Landtagsabg. Pfeiffer und den Reichstagsabg. Gaupp sich einstimmig für die Reform im Sinn des Elben'schen Antrags ausgesprochen hat. Weitere Manifestationen werden folgen, wenn erst der Terrorismus überwunden sein wird, welcher innerhalb des Landes gegen die bisherige Minorität geübt wird. In der That, so ruhig und besonnen, so allen Eventualitäten der Zukunft Rechnung tragend auch im Uebrigen die Rede des Herrn von Mittnacht war, so unerklärlich ist es, wenn derselbe von einem Terrorismus der Anhänger der Reichsbahnen spricht Angesichts der Thatsache, daß die gesammte polemische Presse des Inlands sowie die gesammte

Localpresse sich in den Händen der vereinigten Particularisten, Klerikalen und Demokraten und nicht zuletzt der württ. Regierung befindet, angeichts ferner der Art und Weise, wie man den reichsfreundlichen Reichstagsabgeordneten (nicht von demokratischer und ultramontaner Seite aus! —) in ihren Wahlkreisen mit Beziehung auf die Eisenbahnfrage entgegen zu wirken, und sie dadurch schon im Voraus bei ihrer Abstimmung einzuschüchtern suchte. —

Sonderbar war die Haltung unserer I. Kammer, sie debattirte die Frage in geheimer Vorbesprechung, wie wir hören in sehr gedrückter Stimmung, und nahm dann in öffentlicher Sitzung ohne Debatte einen Antrag an, welcher sich gegen die Erwerbung einzelner Bahnen durch das Reich ausspricht, die Erwerbung aller also nicht ausschließt! Auch so erklärt sich übrigens die Einstimmigkeit nur durch die Abwesenheit des Reichstagsabg. Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, bekanntlich einem der treuesten Anhänger der Reichspolitik. Inzwischen bringt uns jeder Tag weitere Aufklärung. Mehr und mehr gewinnt der Gedanke Gestalt, aus den bisherigen Großdeutschen, den Klerikalen, den Demokraten und einzelnen Abtrünnigen der deutschen Partei eine neue Partei unter der Firma „die gut Württemberg allewege“ und mit dem beliebten reichstreuen Anstrich zu gründen. Ein Leitartikel des großdeutsche-klerikalen „deutschen Volksblatts“ kündigt diese, uns vertraulich schon seit einiger Zeit signalisirte Wandlung mit aner kennenswerther Offenheit an, verspricht eine sehr starke compacte Mehrheit für diese Partei bei den künftigen Wahlen und damit den Sieg des süddeutschen Föderalismus, „mit welchem dann auch Bismarck zu rechnen haben werde.“ Die Sache ist wenigstens in Württemberg nicht ohne Aussicht. Denn während von den Abtrünnigen der deutschen Partei Manche sich sehr reelle Vortheile von der neuen Parteibildung versprechen, eröffnet dieselbe einigen ungeduldigen Strebern der großdeutschen Richtung die Aussicht auf eine neue politische Thätigkeit, auf das Heraustreten aus dem bisherigen Schmolzwinkel. Man hält die Ueberläufer von der nationalen Partei für besonders brauchbar, um durch ihre Bundesgenossenschaft gewissen verwitterten Ueberresten der großdeutschen Partei aus der Zollparlamentsära eine neue etwas reichsfreundliche Tünche zu verleihen, und die letzteren auf dem Berliner Boden wieder möglich zu machen, wobei man sich freilich manchen Illusionen hingiebt. Nicht ohne Grund wird es dann auch bereits als eine Frucht jener neuen Parteeentwicklung bezeichnet, daß bei der letzten Abstimmung über den Wiener Gesandtschaftsposten im Landtag, diese Position, welche in den letzten Jahren nur mit knapper Mehrheit durchgesetzt werden konnte, neulich mit einer Mehrheit von 53 gegen 27 Stimmen zur Annahme gelangte.

Und doch wie kläglich würden alle diese Bestrebungen im Sande ver-

laufen, wollte man nur einmal in Berlin sich aufraffen und mit dem Particularismus wieder ein ernstes Wort reden! Für eine Hezjagd auf die Preußen, wie unsere Gegner noch immer die unbedingten Anhänger der nationalen Partei zu tituliren lieben, ist denn doch auch in Schwaben die Zeit kaum angethan. G.

Vom preußischen Landtag.

Berlin, den 9. April 1876.

Am 3. April beschäftigten die Abgeordneten sich mit der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs über die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preußischen Monarchie. Zum Verständniß der Verhandlung muß man sich folgender Thatsachen erinnern. Durch den wiener Frieden vom 30. October 1864 waren die drei deutschen Elbherzogthümer durch Dänemark an Preußen und Oestreich abgetreten worden. Durch die Uebereinkunft von Gastein am 14. August 1865 wurde Lauenburg durch Oesterreich an Preußen abgetreten gegen eine Entschädigung von 2½ Millionen dänische Thaler. Der König von Preußen war nun Herzog von Lauenburg. Die Ritterschaft des Herzogthums wünschte seine Verbindung mit der preußischen Krone als Personalunion geregelt. Graf Bismarck aber war zur Erfüllung dieses Wunsches so wenig geneigt, daß er den Rittern von Lauenburg die einfache Einverleibung in Preußen in Aussicht stellte, wenn die Ritter auf der Personalunion beharren sollten. In Preußen aber herrschte damals der Verfassungsconflict. Die Thronrede vom 15. Januar 1866 kündigte dem Landtag die Vereinigung Lauenburgs mit Preußen an, flugs aber erklärte das Abgeordnetenhaus die Vereinigung für rechtsungültig: denn bedeute sie Realunion, so dürften nach der preußischen Verfassung die Grenzen des Staatsgebiets nur durch Gesetz verändert werden; bedeute sie Personalunion, so dürfe der König ohne Einwilligung des Landtags nicht Herrscher fremder Reiche sein. — Das Verlangen der Abgeordneten, die Zustimmung des Landtags eingeholt zu sehen, war berechtigt. Aber sehr ungeschickt war die Rechtsungültigkeitserklärung. Denn in der Thronrede mußte ein völkerrechtlich vollzogenes Factum angekündigt werden, durfte also nicht gesagt werden: Der Landtag wird gebeten Lauenburg anzunehmen. Dadurch, daß der Erwerb Lauenburgs bereits ein völkerrechtliches Factum geworden, wurde das innere Staatsrecht Preußens nicht berührt, der Landtag konnte noch immer seinen Willen äußern und hätte Gelegenheit erhalten. Die Rechtsungültigkeitserklärung war also